

## Volker Kauder: Eine ungeheuerer und fatale **Missachtung** des Wählers

Plädoyer für  
einen Untersuchungsausschuss

Volker Kauder:  
Die Lüge  
zum Prinzip  
des Regierens  
erhoben?

Seite 3-4

# Volker Kauder: Eine ungeheuerere und fatale **Missachtung** des Wählers

■ „Wir machen keine unbezahlbaren Versprechungen, und wir rütteln nicht an den Kriterien des europäischen Stabilitätspaktes.“ (Gerhard Schröder am 19. Juni vor der Bundespressekonferenz in Berlin)

■ „Wir machen keine Schulden, das haben wir immer klar gemacht, wir weichen nicht in Schulden aus.“ (Hans Eichel, 1. September, ARD-Sendung Christiansen)

■ „Die Beitragsbemessungsgrenze wird nicht erhöht.“ (Ulla Schmidt, 8. März, zitiert nach *Bild-Zeitung*, 9. November)

Dies sind nur drei Zitate des Bundeskanzlers und zwei seiner Minister aus einer Vielzahl von gleichlautenden Aussagen vor der Bundestagswahl. Was aus diesen Versprechungen geworden ist, brauche ich niemandem mehr vorzuführen. Wer wissen will, was die Bundesregierung derzeit politisch und gesetzgeberisch tut in Deutschland, braucht keine Zeitung zu lesen oder Nachrichten zu sehen. Nein, er braucht lediglich das Ge-

genteil dessen anzunehmen, was von dem Bundeskanzler und seinen Ministern gesagt wurde, dann liegt er leider völlig richtig.

## Versprechen ins Gegenteil verkehrt

Kann man diesen Wahlbetrug in einem Bundestagsausschuss untersuchen? Ist es nicht übertrieben, damit das Parlament zu befassen? Hat es dies nicht auch früher schon gegeben?

Ich plädiere für einen Untersuchungsausschuss, denn es handelt sich hier um einen in seinen Dimensionen neuen Vorgang, der das Parlament angeht. Neu ist die Quantität und auch die Qualität, mit der eine Bundesregierung gegenüber der Bevölkerung innerhalb nur weniger Wochen und Monate achselzuckend ihre eigenen Feststellungen und Versprechen ins Gegenteil verkehrt. Eine neue Qualität ist auch, dass nun ein Insider aus dem rot-grünen Regierungssystem (Oswald Metzger) öffentlich eine dieser Lügen einräumt.

Das Parlament ist vom Grundgesetz beauftragt, die Regierung zu kontrollieren, und zwar im Auftrag des Bürgers. Deshalb darf der Bundestag nicht tatenlos zusehen, wie ganz Deutschland von Zorn und Depression erfasst wird. Die Regierung vertraut darauf, dass man diese Lügen und Täuschungen mit der Zeit vergisst, dass der Bürger sich mit der Zeit an die „Grausamkeiten“ gewöhnt, die man gleich zu Anfang begeht. Aber damit zeigt die Schröder-Regierung eine ungeheuerere und fatale Missachtung des Wählers. Sie zerstört noch die letzten Vertrauensreste in die „Politik“ und fördert die Staatsverdrossenheit.

Wenn das Parlament seinen demokratischen Auftrag, die Regierung zu kontrollieren, ernst nehmen will, so muss es etwas tun. Es muss die Dinge aufklären, die Lügner mit ihren Lügen konfrontieren und damit von noch Schlimmerem abhalten. Dies ist die Aufgabe eines Untersuchungsausschusses – nicht mehr, aber auch nicht weniger. **UD**

VOLKER KAUDER:

## Die **Lüge** zum Prinzip des Regierens erhoben?

Was der ehemalige Haushaltssprecher der Grünen, Oswald Metzger, zuletzt im ZDF vor laufenden Kameras gesagt hat, liefert dem staunenden Fernseh-Deutschland den authentischen und quasi gerichtsfesten Beweis: Bundeskanzler Schröder und seine rot-grüne Regierungstruppe haben die Wähler vor der Bundestagswahl mit vollem Bewusstsein belogen und betrogen. „Still-schweigen“ sei über das erkannte desaströse Finanzloch im Bundeshaushalt vereinbart worden, weil man sich „fürs Weiterregieren und gegen die Ehrlichkeit“ entschieden habe.

Nun ist die Tatsache an sich, dass die Schröder-Regierung in den letzten Monaten die Regierung der zwei Wahrheiten war – die Wahrheit vor der Wahl und die Wahrheit nach der Wahl –, für den Bürger keine Überraschung mehr. Zu Zehn-, ja Hunderttausenden melden sich die Bürger seit Wochen durch Demonstrationen, TED-Befragungen, Leserbriefe, demoskopische Umfragen und Proteste zu

Wort und werfen Rot-Grün Wählertäuschung, regierungsamtliche Lügen, ja sogar Betrug vor. Das Lügen- und Betrugsregister ist lang: ■ keine Erhöhung der Nettokreditaufnahme und ■ keine Haushaltsnotlage mit Nachtragshaushalt, ■ keine Beitragserhöhungen bei der Rentenversicherung, ■ kein blauer Brief aus Brüssel wegen Überschreitung der 3,0-Defizitgrenze, ■ keine Steuererhöhungen („Gift für die Konjunktur“). Das blanke Gegenteil nach der Wahl.

Neu ist in diesem Zusammenhang auch nicht, wenn Politikern ein laxer Umgang mit politisch unangenehmen Fakten vorgeworfen wird. Dies ist auch bei früheren Bundesregierungen der Fall gewesen. Neu sind Quantität und Qualität, mit der eine Bundesregierung die Öffentlichkeit täuscht.

Es steht zu erwarten, dass Metzger noch mehr weiß. Er wird möglicherweise auch andere Absprachen über Vertuschung und Verleugnung der Wahrheiten miterlebt haben: ■ bei den sozialen Sicherungssystemen, ■ bei der Neuverschuldung, ■

bei den Euro-Stabilitätskriterien oder ■ bei den Steuererhöhungen.

Wenn die Regierung sich einer solchen Vielzahl von Lügenvorwürfen ausgesetzt sieht, dass vorgeschlagen wird, Wählertäuschung zum Betrugstatbestand zu machen, dann liegt darin eine große Gefahr für die deutsche Politik und das Vertrauen der Menschen in unsere staatlichen Institutionen.

Es ist allzu leicht durchschaubar, wenn manche nun versuchen, den unbequemen Metzger als frustrierten Querulanten abzustempeln. Hier bleibt nur an Zweierlei zu erinnern: der Haushaltsexperte der Grünen hat sich, als er noch im Amt war, auch oft zu Wort gemeldet und zum Ärger der Regierenden Wahrheiten ausgesprochen. Zum zweiten liefert er ja nur den Beweis für etwas, was ohnehin offenkundig ist.

Weiterregieren statt Ehrlichkeit – ist das die Vorstellung Schröders für ein modernes Deutschland, das er als moderner Kanzler im Wahlkampf plakatiert hat? Ist das seine Vorstellung von Modernität, sich mit Un-

wahrheiten, Verschleierungen, Verfälschungen und Lügen über einen Wahltag zu retten? Erhebt er die Lüge gar zum Prinzip seines Regierens? Statt verfassungsrechtlich verbürgter Richtlinienkompetenz des Bundeskanzlers nun staatspraktisch angewandte Wähler täuschungskompetenz? Das Grundgesetz verpflichtet den Bundeskanzler durch den Amtseid aus Art. 56 zur gewissenhaften Wahrnehmung seiner Amtspflichten und dazu, das Grundgesetz und die Bundesgesetze zu wahren. Dazu gehören völlig unbestreitbar die in jedem demokratischen Staatssystem immanenten und im Rechtssystem sich widerspiegelnden Grundsätze von Ehrlichkeit und Wahrhaftigkeit.

Wahrhaftigkeit und Vertrauenswürdigkeit der Politik sind vielleicht für „moderne“ Politiker altmodische Begriffe, die man in der rot-grünen Epoche nicht mehr so

ganz ernst nehmen muss. Vielleicht missachtet man sie, weil man sie für unwichtige Sekundärtugenden hält. Man vertraut auf die Vergesslichkeit der Bürger – zumal in dieser schnelllebigen Zeit. Die Leute werden das schon schlucken.

### Die Menschen wollen Vertrauenswürdigkeit

Wie groß nach wie vor das Bedürfnis der Menschen nach Vertrauenswürdigkeit ist, zeigt die neue weltweite Gallup-Erhebung zum Vertrauen der Menschen in staatliche und internationale Einrichtungen. Wiederum wird der Politik das Misstrauen ausgesprochen, und wiederum rangieren in Deutschland politische Institutionen auf schlechten Plätzen. Auch der Absturz der Schröder-SPD in der politischen Stimmung auf 26 Prozent hat sicher nicht nur damit zu tun, **was**

die Regierung macht, sondern auch **wie** sie es tut.

Der „Steuersong“ eines bekannten Schöder-Imitators macht das derzeitige Image des mit der größten Macht und Verantwortung ausgestatteteten Politikers in Deutschland plastisch. Er persifliert den Bundeskanzler als rücksichtslosen Steuer-Raubritter und erlangt damit einen solchen Zuspruch, dass der Titel in den aktuellen Hit-Listen hinaufschneilt.

Dort rappt der Sänger mit Schröders Stimme: ■ „Was Du heute kannst versprechen, darfst du morgen wieder brechen“, ■ „Ich erhöh' Euch die Steuern, gewählt ist gewählt“, ■ „Ich zieh' Euch aus, Ihr Flaschen, Ihr werdet Euch noch wundern“, ■ „Ihr könnt mich jetzt nicht mehr feuern, das ist ja das Geile an der Demokratie“. Das Lied ist ein Hammer, um mit dem Autor zu sprechen, und tangiert das Ansehen des Staatsamts „Bundeskanzler“.